

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/22)

Bonn, den 31. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	Politik der sozialen Verantwortung Zur Landtagswahl am 11. November in Hessen Von Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn	161
4	Das "eisernerne Korsett der Sparsamkeit" Franz Josef Strauss stemmt es auf	23
4	Das Maß verloren? Bedenkliche Manöver der CSU	29
5 - 6	Harter Wahlkampf in Österreich Zunehmende Nervosität der Parteizentralen Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	70
7 - 8	Pragwürdiger Maßstab für den Geldwert (M und Schluß) Von Dr. Alex Möller, MdB	83

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Politik der sozialen Verantwortung

Zur Landtagswahl am 11. November in Hessen  
Vor Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn

Mit der Landtagswahl am 11. November endet die Vierte Legislaturperiode des Hessischen Landtages seit dem Zusammenbruch von 1945. Zwölf Jahre sind vergangen, seitdem man mir das Amt des Ministerpräsidenten unseres Landes anvertraut hat. Wägt man Soll und Haben dieser zwölf Jahre ab, so ergibt sich eine nicht alltägliche Erfolgsbilanz. Das ist eine Feststellung, die unangreifbar ist und die ich in aller Offenheit treffen kann, ohne mich dem Vorwurf des Eigenlobes auszusetzen. Diese Ansicht ist nicht nur das Ergebnis einer sorgfältigen Selbsterprüfung, sondern es ist auch die Ansicht vieler Kreise, die uns politisch nicht einmal nahe stehen.

## Beispielhafte Produktionsentwicklung

Hessen ist im Kranz der deutschen Bundesländer auf vielen Gebieten Vorbild, Beispiel und Schrittmacher. Ich brauche an dieser Stelle nur ein paar Schlaglichter zu setzen. Der Aufstieg der industriellen Produktion betrug in den Jahren bis 1960 auf der ganzen Erde, also in den Industriestaaten, den Agrarländern, den wirtschaftlich hochentwickelten Staaten und den Entwicklungsländern im Weltdurchschnitt 39 Prozent. Er betrug in der Bundesrepublik - und das ist sehr beachtlich - 80 Prozent und in Hessen 92,7 Prozent. Das ist ohne jeden Zweifel ein stolzer Erfolg der Initiative und des Wagemuts unserer Wirtschaftler, der Erfindungsgebe unserer Techniker und vor allem der zähen Arbeit unserer werktätigen Menschen. Es ist zugleich aber auch das eindrucksvolle Ergebnis einer langfristigen und zielbewußten Wirtschaftsförderung durch die hessische Landesregierung.

## Überdurchschnittliches Steueraufkommen

Die Zunahme des Volkseinkommens und damit des Wohlstandes drückt sich auch im Steueraufkommen aus. 1956 lag das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer in Hessen pro Kopf der Einwohner noch unter dem Bundesdurchschnitt. Seitdem ist die Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zum Jahre 1960 pro Kopf der Einwohner im Bundesdurchschnitt um 6,6 Prozent, in Hessen dagegen um 79,7 Prozent gestiegen.

## Im Bildungswesen an der Spitze

Nach einer Untersuchung der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main beträgt die Quote der mit dem Abitur abgehenden Schüler in Hessen 7,58 Prozent, in Schleswig-Holstein vergleichsweise nur 5,91 Prozent und im Saarland 3,88 Prozent. Der Bundesdurchschnitt beträgt 5,6 Prozent. An den hessischen Universitäten und Hochschulen, deren das Land vier zu unterhalten hat, also ebenso viele wie das doppelt so große Bayern und nur eine weniger als das dreimal so große Nordrhein-Westfalen, entfallen im Schnitt auf einen Lehrstuhl

50 Studenten. Der Wissenschaftsrat hält ein Verhältnis von 1 : 45 für angemessen. Davon sind wir also nicht mehr allzu weit entfernt, während auf einen Lehrstuhl in Nordrhein-Westfalen 81, in Bayern 75 und in Baden-Württemberg 62 Studenten entfallen.

### "Technische Aufrüstung des Dorfes"

Wir haben nie vom Grünen Tisch aus regiert, sondern uns laufend über all' das unterrichtet, was im Lande geschah oder geschaffen worden ist. Wir waren immer zur Stelle, wenn es galt, neue Aufgaben zu bewältigen oder Not und Sorge zu lindern. Wir haben uns bemüht, in einem ständigen Gespräch zu bleiben. Dabei waren wir uns bewusst, daß bei allen unseren Überlegungen, Vorstellungen und Plänen die Mitarbeit der Landräte und Bürgermeister, der Kreise und Gemeinden notwendig war und daß wir auf das Verständnis aller Schichten unserer Bevölkerung und ihre Bereitschaft angewiesen waren, sich unsere Ziele zu eigen zu machen, um so zu Mitträgern der Entwicklung zu werden.

Unsere Politik war eine Politik der sozialen Verantwortung. Dafür ein Beispiel. In den wenigen Jahren, seitdem ich das "Programm der technischen Aufrüstung des Dorfes" verkündet habe, hat unsere "Landmaschinenhilfe" dem bäuerlichen Familienbetrieb eine sinnvolle Mechanisierung möglich gemacht. Damit konnten der Arbeitsertrag und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. In unserem Lande hat dieses Programm zur Gründung von schon mehr als 5000 bäuerlichen Maschinergemeinschaften geführt. Dieser freiwillige Zusammenschluß von rund 40 000 Bauern ist ein schlagender Beweis für die Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Regierung.

Wir haben uns immer an das Wort gehalten: "Das Geheimnis des menschlichen Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut." An diesem Mut zur Tat und zum Wagnis darf es niemand fehlen lassen, der wirkliche Verantwortung empfindet, wenn das Gemeinwohl ein Handeln verlangt. Der Weg in die Welt von morgen wird kein Spaziergang sein.

### Übereinstimmung von Wort und Tat

Die etwas angestaubte Parole "Keine Experimente" mag als Wahrung berechtigt sein, das mühsam Erreichte nicht unüberlegt aufs Spiel zu setzen. Sie darf der Staatskunst aber nicht als billiger Vorwand dienen, um den Mangel an Phantasie und Initiative zu verschleiern.

Nicht wer sich gegen unüberlegte Experimente, wohl aber wer sich gegen schöpferische Experimentewehr, wird zurückbleiben und zu Fall kommen. Dabei braucht man weder die Kritik des Wohlmeinenden zu scheuen, die es verdient, jederzeit gewürdigt zu werden, noch den Mißmut des Unverständigen. Wenn die Staatskunst Erfolg haben soll, bedarf sie vor allem eines: des Vertrauens, das täglich neu erworben werden muß. Darum haben wir uns stets bemüht, durch eine Politik der Wahrhaftigkeit, der Übereinstimmung von Wort und Tat, Allen aber, die uns dieses Vertrauen entgegen gebracht, die mit uns das Gespräch gesucht und uns durch ihr Verständnis und ihre Mitarbeit geholfen haben, gilt unser Dank, denn unser Erfolg ist ihr Erfolg, der Erfolg des ganzen Hessenlandes, der Arbeiter und Bauern, der Handwerker und Unternehmer, kurz eines jeden einzelnen, der nicht abseits stand.

Regierung des Volkes - Regierung für das Volk

In meiner ersten Regierungserklärung vor dem Hessischen Landtag habe ich gesagt: "Die neue Regierung wird eine Regierung des Volkes und eine Regierung für das Volk sein". Wir haben nicht einem Dogma gedient oder einer Abstraktion gehuldigt, noch haben wir die Partei als Selbstzweck angesehen, sondern immer nur als Mittel zum Zweck. Wir haben versucht, die Erkenntnisse von Wissenschaft und Wirtschaft uns jeweils zu eigen zu machen und unsere Vorstellungen an diesen Erkenntnissen neu zu orientieren. Die Welt ist nun einmal in stetem Wandel begriffen und erfordert ständig die Korrektur des eigenen Standpunktes.

Das hat für uns niemals Aufgabe oder Änderung der humanitären Ziele des freiheitlichen Sozialismus bedeutet. Im Mittelpunkt aller unserer Fürsorge stand immer der Mensch, der Mensch in seiner Jugend und im Alter, in Krankheit und Not, bei der Arbeit oder in seiner Freizeit. Um ihm zu dienen, haben wir die Politik der sozialen Verantwortung entwickelt und unsere Auffassungen über den richtigen Weg und die richtigen Ordnungsmittel der jeweiligen Lage angepaßt. Für uns hat der Staat nicht nur eine äußere Ordnungsfunktion, sondern eine unmittelbare menschliche und soziale Verantwortung, die man zugleich aus einer ethischen als auch einer christlichen Verpflichtung herleiten kann.

Neues Investitionsprogramm

Wir werden in Zukunft alle mit Mitteln des Landes zu finanzierenden Investitionen, die in den verschiedenen Lebensbereichen notwendig sind, in einem sechs- bis zehnjährigen Investitionsprogramm zusammenfassen. Damit soll in der Sache, in der Dringlichkeitsstufe und in der praktischen und finanziellen Durchführbarkeit eine angemessene Rang- und Zuordnung gesichert werden. Diesem Investitionsprogramm muß ein langfristiger Investitionshaushalt entsprechen, der festlegt, in welchem Umfange die Finanzierung noch mit Mitteln des Ordentlichen Haushalts erfolgen kann und in welchem Ausmaß sie über den Außerordentlichen Haushalt und damit im richtigen Zeitpunkt und zu angemessenen Konditionen über den Kapitalmarkt erfolgen muß.

"Grosser Hessenplan"

Mit dem Investitionsprogramm und diesem Investitionshaushalt sind zwei wesentliche Elemente genannt, die Bestandteile eines umfassenden und überschaubaren "Großen Hessenplanes" sein werden. Er soll einen langfristigen Überblick über alle in einem bestimmten zeitlichen Abschnitt für Landesentwicklung notwendigen Maßnahmen vermitteln und Richtschnur für jeweilige Durchführung sein. Der Große Hessenplan wird die Grundlage für die Entwicklung unseres Landes in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts sein. Er wird das Gesicht des neuen Hessen bestimmen. Dabei wissen wir sehr wohl, wie sehr wir nicht nur von unserem Willen und Können, sondern auch von der internalen Entwicklung abhängig sind.

Hessen muß auch in Zukunft ein Land bleiben, in dem die geistige Freiheit, der Fortschritt und der soziale Ausgleich zu Hause sind. Das ist die wirksamste Antwort, die wir auf das Herausfordern des Kommunismus geben können. Unserer Bevölkerung wollen wir das Gefühl der Geborgenheit und den Mut zur Lebensbejahung erhalten, damit sie auch in Zukunft bestehen und sich gegenüber den Bedrohungen der Zeit bewähren kann. Die Bevölkerung unseres Landes kann zur hessischen Sozialdemokratie Vertrauen haben. Auch wir Sozialdemokraten schenken ihr unser Vertrauen. Wir vertrauen darauf, daß unser Hessenland unserer erfolgreichen Arbeit und unserem ständigen Bemühen am 11. November die Anerkennung nicht versagen wird.

Wie in der Vergangenheit lautet auch für die Zukunft unsere Parole: "Hessen - vorr!"

### Das "eiserne Korsett der Sparsamkeit"

Franz Josef Strauss stemmt es auf

sp - Mit grossen Getöse, viel Propagandaaufwand und kräftigen Hinweisen auf die gute Absicht, sparsam zu sein, hat die Bundesregierung nach einem Jahr heftiger Koalitionskrisen verkündet, sie wolle den Bundeshaushalt für 1963 so gestalten, dass er "der Ausdruck des bewussten Masshaltens" sein werde. Herr Starke focht mit Kabinettskollegen, Bundesvertretern, den eigenen Parteifreunden und den Experten der CDU/CSU wie ein wackerer Bitter um jede Mark, gab kräftige Worte von sich und schloß sich dafür das wohlvollende Lächeln des Herrn Bundeswirtschaftsministers. Der brauchte nämlich mindestens e i n e n Kabinettskollegen, von dem er sagen konnte, ihn hätten die Masshalteappelle in Fernsehen und Rundfunk gerührt. - Noch ist der Bundeshaushalt für 1963 nicht den Abgeordneten vorgelegt worden, aber schon hat einer der Kabinettskollegen des Finanzministers das angeblich "eiserne Korsett der Sparsamkeit" aufgestemmt. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss liess verkünden, - und dies ausgerechnet am Weltspartag! - er brauche jetzt 700 Millionen DM mehr und möglicherweise "noch ein paar kleine" dazu, woraus sich dann eine knappe Milliarde DM ergeben würde. - Es soll hier nichts gegen die Finanzierung n o t w e n d i g e r Verteidigungsmaßnahmen gesagt sein. Nur möchten wir gern wissen, wo bei den Forderungen des Herrn Strauss das berühmte "Sozialpaket" des Herrn Blank sowie die Bewältigung anderer dringender Gemeinschaftsaufgaben bleiben sollen, ohne dass man die Masshalteappelle des Wirtschaftsministers niedriger hängt. D i e s e s Geheimnis zu lüften, wird Aufgabe der Bundesregierung sein.

\* + \*

### Das Maß verloren ?

Bedenkliche Manöver der CSU

sp - Hat die bayerische CSU, die Schwesternpartei der CDU, irritiert durch die Wahlerfolge der Sozialdemokratie, in den letzten Jahren, jedes Maß verloren? Sie führt einen Wahlkampf, dessen Sinn und Zielsetzung jeden Staatsbürger mit Sorge erfüllen muß. Waidemer von Koenigingen, der Vorsitzende der bayerischen SPD, hat sich nun veranlaßt gesehen, gegen diese Betroßen der Diffamierung einer großen demokratischen Partei zu protestieren. Auf landespolitischem Gebiet hat die regierende CSU wenig aufzuweisen; sie versucht deshalb die international so bedenkliche Situation zum Anlaß zu nehmen, ihrer großen Konkurrentin den Stempel der nationalen Unzuverlässigkeit aufzudrücken. Es sind wohlgezielte Schläge, dazu bestimmt, längst überwundene Ressentiments und Vorurteile zu neuem Leben zu entlocken und eine Stimmung zu erzeugen, die an die schlimmsten Zeiten unserer jüngeren Geschichte erinnert. Den Anstoß dazu hat der skandalumwitterte Verteidigungsminister Strauss in seiner Nürnberger Rede mit seinen Ausfälle gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gegeben. Die Welle scheint sich nun verstärkt fortzusetzen und einem Höhepunkt zuzustreben. Die Frage ergibt sich, ob für die CSU das Wort unseres Bundespräsidenten keine Geltung haben soll, den parteipolitischen Gegner nicht zu verketzern.

\* + \*

## Harter Wahlkampf in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In einer - freilich etwas ironisch gehaltenen - Glosse lobt das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, die "Arbeiter-Zeitung", am 28. Oktober den ÖVP-Verteidigungsminister und tadelt die aus der eigenen Partei kommenden Innen- und Justizminister. Anlaß für diese etwas ungewöhnliche Art der politischen Publizistik bot einerseits die Härte des gegenwärtigen Wahlkampfes, andererseits das spektakuläre Vorgehen gegen das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" in der Bundesrepublik.

### Zeitungen beschlagnahmt

In den letzten Tagen haben nämlich die beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, die sich derzeit heftig um die Gunst der noch unentschiedenen Wähler bemühen, gegenseitig Zeitungen gerichtlich beschlagnahmen lassen. Das ÖVP-Blatt "Österreichische Neue Tageszeitung" brachte beispielsweise einen Bericht über einen noch ungeklärten Korruptionsfall in der verstaatlichten Industrie und knüpfte daran die falsche Verdächtigung, die SPÖ habe daraus materiellen Nutzen gezogen. Die Zeitung wurde auf Antrag der SPÖ beschlagnahmt. Kurz danach erfolgte der Gegenschlag: Die "Arbeiter-Zeitung" gab eine Rede des SPÖ-Staatssekretärs im Landesverteidigungsministerium, Otto Rösch, wieder, derzufolge höhere Beamtenposten beim Bundesheer in der Regel nur mit ÖVP-Befürwortung vergeben werden. Da wurde die "Arbeiter-Zeitung" auf Veranlassung des ÖVP-Verteidigungsministers Ing. Karl Schleinzner beschlagnahmt. So ging es hin und her. In beiden Parteizentralen (ÖVP hinter der Wiener Staatsoper, SPÖ hinter dem Burgtheater) ist derzeit ein eigener, bis spät nach Mitternacht amtierender "Beschlagnahmedienst" eingerichtet, der die jeweiligen Tageszeitungen des Gegners überprüft und im gegebenen Fall über eigene Rechtsanwälte den Journalrichter alarmiert, der dann die Beschlagnahme verfügt.

### Auch hier: "Der Spiegel"

Was nun angesichts dieses demokratischen Gesellschaftsspielles den Chefredakteur der sozialistischen "Arbeiter-Zeitung" Franz Kreuzer, zu der erwarteten bitter-ironischen Glosse veranlaßte, war der sich hier aufdrängende Vergleich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik. In beiden Fällen war es ja der Verteidigungsminister, der gegen oppositionelle Presseveröffentlichungen Einwände erhob, in Österreich also der Bundesminister für Landesverteidigung Schleinzner oder, wie ihn die "Arbeiter-Zeitung" in der Glosse nannte, "Unser guter Schleinzner". "Der sozialistische Innenminister und der sozialistische Justizminister hatten ... fabelhaft zusammengewirkt, um das sozialistische Zentralorgan an diesem Tag auszuschalten." Sodann zieht die "Arbeiter-Zeitung" den folgenden Vergleich: "Wenn wir hören, wie es den Redakteuren des Hamburger "Spiegel" ergangen ist, die mit dem deutschen Verteidigungsminister angehängt hatten, müssen wir eigentlich erkennen, daß es hierzulande recht human zugeht. Wir AZ-Redakteure schlafen wenigstens noch nachts in eigenen Bett und dürfen ungesiebte Luft atmen. Laß andere einsperrend, glückliches Österreich, konfisziere!"

So "gemütlich" ist es in Wien auch nicht.

Doch wird in diesem Wahlkampf im glücklichen Österreich nicht nur falsch beschuldigt und konfisziert, sondern es wird der politische Gegner oftmals in einer besonders hinterhältiger Form verunglimpft und verleumdet, wogegen er sich kaum zur Wehr setzen kann. Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Franz Olah, selbst SPÖ-Spitzenkandidat in zwei wichtigen Wahlkreisen, verurteilte daher mit Recht die unfairen Methoden des Wahlkampfes, wobei er daran erinnerte, dass sich die Parteien nach den Wahlen wieder zur gemeinsamen Arbeit zusammensetzen müssen: "Wie kann ich mich aber", fragte Olah unter grossem Beifall, "mit einem Menschen zur sachlichen Debatte zusammensetzen, der mich vorher sechs Wochen lang als machtgierigen und gefährlichen Staatsfeind, der Österreich zur Diktatur und unser Volk in die Unfreiheit führen will, bezeichnet hat?"

Es geht um die Schwankenden

Es ist anzunehmen, dass der Wahlkampf, je mehr er sich dem Wahltag, dem 18. November, nähert, um so härter, schärfer und unfairer werden wird. Das hängt einerseits mit der zunehmenden Nervosität in den betreffenden Parteizentralen, andererseits aber mit der unbestreitbaren Tatsache zusammen, dass es jetzt lediglich um die Stimmen der politisch unentschiedenen Wähler geht. Da hier gerade sie bei zwei völlig gleichstarken Parteien den Ausschlag geben, ist kaum etwas zu teuer oder zu simpel, als dass man sich nicht doch gerade bei diesen einen Erfolg verspricht. Allerdings: Parteiverbote oder Hexenjagden gegen Zeitungsherausgeber wird es in Österreich nicht geben. Wenn jemand hier eine Partei, wie die kommunistische, "verbietet", dann ist es, wie 1959 und vermutlich auch 1962, niemand anderer als der Wähler selbst.

+ + +

## Fragwürdiger Maßstab für den Geldwert (II und Schluß)

Von Dr. Alex Möller, MdB

### III.

Die Indexziffern erhalten für den Wirtschaftspolitiker verbindlichen Aussagewert erst dann, wenn sich eine inflationäre Tendenz aus einem erheblichen und echten Preisanstieg in allen Bereichen und hinsichtlich aller Preisfaktoren nachweisen läßt.

Aus den genannten Gründen wurde die "schleichende Inflation" auf der Basis 1950, vor Einführung der neuen Basis, zu hoch beziffert. So haben sich die Nahrungsmittel des Warenkorbes 1950 stärker verteuert als die Bedarfsgruppe "Ernährung" im Warenkorb 1958. Für den Warenkorb 1957 beträgt der Index (1950 = 100) 119,0, für den Warenkorb 1958 dagegen nur 117,7.

Noch ein Gedanke sei in diesem Zusammenhang vorgetragen: Das Fundament jeder gesunden Wirtschaftspolitik ist die Stabilität des Geldwertes. Gleichwertig daneben stehen die Forderungen nach Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Steigerung des Lebensstandards und Verbesserung der Einkommen. Wenn diese Ziele nicht aufgegeben werden sollen, darf man sich den Blick von einer geringfügigen Änderung der Preisindexziffern nicht trüben lassen. Es wäre allerdings auch bedenklich, getannt auf eine ziffernmässige Stabilität des Geldwertes zu starren, wenn dieser Maßstab im Grunde nur eine unter jeweiligen Voraussetzungen verwendbare GröÙe darstellt.

Überdies beweisen Untersuchungen in anderen Ländern, daß sich dort der jährliche Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung in ähnlicher Weise vollzieht. So beobachten wir auf der Basis 1950 beispielsweise in den USA von '08 in '95 einen Anstieg auf 120 in 1958 und in der Schweiz für den gleichen Zeitraum von 105 auf 114. Für diese Länder sind auf der Basis 1958 ein Anstieg von 101 in 1959 auf 104 in 1962 und von 99 auf 105 zu nennen. Die Unterschiede gegenüber der Indexbewegung der Bundesrepublik (von 108 auf 119 Basis 1950 und von 101 auf 109 Basis 1958) sind im 2. Vergleich stärker als im 1.

### IV.

Was für die Zukunft benötigt wird, ist ein eindeutiger Maßstab für die Preisentwicklung, der die vorhandene oder die schwindende Kaufkraft und damit die Stabilität, bzw. den Grad der Stabilität unserer Währung nachweist. Geringfügige Schwankungen oder auch ein über mehrere Jahre festzustellender mässiger Anstieg der Preisindexziffer für die Lebenshaltung sind kein verlässliches Symptom. "Durch langjährige publizistische Erziehung ist die Öffentlichkeit daran gewöhnt worden, schon in einem einprozentigen Anstieg statistisch errechneter Preisindexzahlen das unzweifelhafte Symptom einer einprozentigen Verschlechterung des Preisniveaus zu sehen." (F.J. Clauss, Stabiler Geldwert - Ideal und Wirklichkeit, Die Zeit Nr. 15 vom 7.4.1961).

Die Verlässlichkeit der genannten Indexziffern ist in zweierlei Hinsicht fragwürdig: Einmal ist es ein statistisch-technisches Problem, das noch der Lösung harret. Zum anderen enthalten die Indices nicht ohne weiteres alle Anzeichen einer vorhandenen oder unterbliebenen Reaktion der Verbraucher auf die Preisentwicklung. So läßt das Preisniveau nicht eindeutig die Struktur der Nachfrage und ebensowenig das Ausmaß einer Übernachfrage erkennen. Die übliche Modellvorstellung, wonach bei Vollbeschäftigung die Preise unverzüglich anziehen und in gleicher Weise wie die Nachfrage steigen müßten, erweist sich als unwirklich. "Die 'natürliche' Reaktion auf Nachfrageerhöhung heißt nicht mehr (nur) Preiserhöhung. Warteschlangen, effektive Knappheit und gefüllte Auftragsbücher sind die Symptome der Übernachfrage geworden. Die Preise sind mehr kosten- als nachfragebestimmt." (A. Schwietert, Magisches Preisniveau, Der Volkswirt 1961, Seite 623). In gewisser Hinsicht kennzeichnet Industrieländer mit Vollbeschäftigung nur eine relative Preisstabilität. Wo aber längerfristige Indexanstiege auftreten, beweist das nicht schon eine Entwertung des Geldes, sondern kann entweder verspätete Reaktionen oder aber rein statistisch überholte Bewertungsmaßstäbe zur Ursache haben.

V.

Von der Statistik her sei abschliessend noch einmal auf die Irrealität der Indexergebnisse mit wachsender Entfernung von einem veralteten Wägungsschema hingewiesen. Ein Festhalten an einer bestimmten Gliederung der Mengen- oder der Kostenkomponente wäre indiskutabel. Wohl werden mit der Einführung neuer Wägungsschemata die "Fehler" infolge inzwischen eingetretener Strukturveränderungen (vor allem der Lebensgewohnheiten und des Lebensstandards, aber auch etwa aus technischem Fortschritt) verringert. Tatsache ist aber, "daß es bisher nicht gelungen ist und daß es aus sachlichen Gründen trotz der Entwicklung komplizierter Formeln nicht gelingen kann, eine völlig befriedigende Lösung für eine lange Indexreihe zu finden" (K. Horstmann, in Wirtschaft und Statistik 1961, Seite 347). Es wird hierbei auf die Bestrebungen der modernen Wirtschaftsforschung mathematischer Richtung (Ökonometrie) zu verweisen sein. Nach deren Vorstellungen könnte man anstatt des Preisindex der Lebenshaltung den Kostenindex bei ungefährer Gleichheit des Lebensstandards als sozialpolitischer Maßstab für den Geldwert verwenden. Bei diesem Index der Lebenshaltungskosten würde der Warenkorb auch über kurze Zeitstrecken nicht gleichbleiben können. Die Aufstellung eines derartigen Index hätte aber den Nachteil, mit überdimensionalen Kosten verbunden zu sein.

Aus alledem ergibt sich, daß jeder Maßstab für den Geldwert einen behelfsmässigen Charakter haben wird und daß es daher nicht richtig ist, aus einem mäßigen Anstieg eines solchen Maßstabes immer wieder den Schluß auf eine "schleichende Inflation" ziehen zu wollen.